

ARCHIV

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

19 AUG 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/156

Bonn, den 19. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1. "a" Kennedy, ein "verkappter Kommunist"?  
-----  
Professor Röpke und de Gaulle
- 2 Sowjetpläne in Westberlin 49  
-----  
Auf Umwegen zum "dritten deutschen Staatsgebilde"  
Von Eberhard Zachmann, Berlin
- 3 Feldzug gegen den Analphabetismus 45  
-----  
UNESCO: Kostenpunkt 8 Milliarden DM  
Von Bruno Kuster, Genf
- 4 Die amerikanische und sowjetische Aktivität auf dem Balkan 46  
-----  
Washington und Moskau wollen "normalisieren"  
Von Dr. B. P. Mathopoulos
- ANHANG
- 5 6 Schatten über Karlsruhe 204  
-----  
Bundesverfassungsgericht - ohne lästige Begrenzung der Macht?  
Von Dr. Adolf Arndt, MdB  
Senator in Berlin

Aus dem Inhalt:

Zahl der Richter wurde verringert - "Reformen" - Feierliche Schwüre wurden gebrochen - Arbeitsfähigkeit des Gerichts wurde verringert - Skandalöse Umstände - "Sozialdemokraten weg!" - Anwendung "böserer Mittel" - Triumph für Ulbricht - Menetekel für ein Notstandsrecht

Chefredakteur Günter Markscheffel

19. August 1963

Kennedy, ein "verkappter Kommunist" ?

Professor Röpke und de Gaulle

sp - Wir scheinen es tatsächlich darauf anzulegen, unsere besten Freunde vor die Schienbeine zu treten. Kaum ist es gelungen, der deutschen Politik ein einigermaßen geschlossenes Aussehen zu geben, da bildet sich schon wieder eine Phalanx von Leuten, die es darauf abgesehen zu haben scheinen, möglichst viel Porzellan zu zerschlagen.

Im RHEINISCHER MERKUR vom 16.8.1963 entwickelt Professor Dr. Wilhelm R ö p k e , unterstützt von der Mannschaft der Abendländischen Akademie, Thesen zur deutschen Politik, die unsere stärksten Freunde uns tiefste treffen müssen. Für Professor Röpke ist die Politik de Gaulles die einzig wirksame Rückendeckung für Deutschland. Der politikliebende Professor gibt zwar zu, daß die deutsch-französische Internationalität auf der Überlegenheit de Gaulles beruht, in der Bundesrepublik ein "Glacis Frankreichs" zu sehen, und er räumt auch freudig ein, de Gaulle wisse nur zu gut, "daß dieses Glacis nicht ohne die Vereinigten Staaten zu schützen ist", nennt aber gleich darauf das Konzept der atlantischen Partnerschaft eine "Dunstglocke der Vagheit, ja der Unaufrichtigkeit".

In der letzten Ausgabe der WELT AM SONNTAG wird Professor Röpke noch massiver. Er nennt Kennedy einen "Progressisten", der gegenüber der kommunistischen Gefahr an "ekstatischen Selbstörungen" leidet.

Man könnte man über solche Faktlosigkeiten zur Tagesordnung übergehen. Aber:

E r s t e n s ist Professor Dr. Wilhelm Röpke einer der Männer, die von dem designierten Kanzlernachfolger Professor Dr. Ludwig Erhard seit Jahren als Kronzeuge für die absolute Richtigkeit der Erhard'schen Wirtschaftspolitik zitiert werden. Auf die Ideen von Professor Röpke hat sich in vergangenen Jahrzehnt eine ganze Schule wirtschaftspolitischer Vorstellungen aufgebaut.

Z w e i t e n s ist es symptomatisch, daß eine westdeutsche Zeitung mit Massenauflage die Ideen des Professor Röpke zur aktuellen Politik ohne Kommentar lanciert.

D r i t t e n s ist es kein Geheimnis, daß Professor Röpke von einem Teil der westdeutschen Wirtschaft und Industrie, und damit auch

9. August 1963

von einem Teil unserer Regierungspolitiker, gern zitiert wird, wenn man selbst etwas nicht offen aussprechen will.

Alle diese Begleitumstände der Röpke'schen Interventionen lassen vermuten, daß es Kräfte in der deutschen Politik gibt, die heute das erreichen wollen, was ihnen im Augenblick des Abschlusses des deutsch-französischen Vertrages nicht geglückt ist: die deutsche Politik vor die Alternative "KENNEDY" oder DE GAULLE" zu stellen. Schon damals war man sich in allen Parteien darüber einig, daß eine solche Fragestellung als politisch dümmste wäre, auf die wir uns einlassen könnten. Durch die vom Bundestag einstimmig gebilligte Präambel zum deutsch-französischen Vertrag wurde diese gefährliche Fragestellung vermieden. Jetzt erlebt sie wieder ihre Auferstehung, und zwar mit der nicht mehr zu überbergenden Angst, daß in der Welt und in Deutschland irgendetwas geschehen könnte, was man "links" nennen müßte.

Professor Röpke formuliert das im RHEINISCHER MERKUR vom 16. August 1963 so:

"Man ist es eigentlich kaum noch entschuldigbar, nicht zu wissen, wohin die politischen Neigungen des amerikanischen Präsidenten gehen. Es sollte nachgerade klar sein, daß er ein Mann der Linken ist. Dem entspricht eine innenpolitisch, die für die eher sich verschlimmernde als bessernde Krankheit des Dollars verantwortlich ist. Dem entspricht aber auch seine Außenpolitik. Ihr "linker" Charakter tritt deutlich genug in den Sympathien hervor, die den Linken Regierungen und Staatsmännern anderer Länder von Washington entgegengebracht werden, und was das bedeuten kann, hat die von Kennedy begünstigte "apertura a sinistra" bewiesen, durch die Italien auf einen Weg des Abgleitens zur Volksfront und zum immer unverschämteren Herrschaftsanspruch des Kommunismus geraten ist. Vor allem aber bedeutet diese Linkstendenz, die den amerikanischen Präsidenten wie die meisten seiner Berater bestimmt, daß sie alle immer wieder beträchtliche Mühe haben, eine realistische Einschätzung der kommunistischen Weltgefahr und eine dieser Einschätzung entsprechende Härte der Selbstbehauptung vor den tausend Einflüsterungen eines linken "Anti-Antikommunismus" zu bewahren."

Da fehlt nur noch, daß Herr Professor Röpke den amerikanischen Präsidenten und seine Mitarbeiter "verkappte Kommunisten" nennt. In den USA wird man sich zu derartigen "deutschen Stirmen" einen eigenen Kurs machen ...

+ + +

19. August 1963

## Sowjetpläne in Westberlin

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Am vergangenen Wochenende hat Berlins Bürgermeister Heinrich Ebertz neuen Versuchen Moskaus, sich in Westberlin eine diplomatische oder auch nur halbdiplomatische Vertretung zu schaffen, ein entschiedenes NEIN entgegengesetzt. Die Sowjets hatten den Antrag gestellt, das im Sowjetbesitz befindliche Gebäude in Westberlin, in dem früher die sowjetrussische Handelsvertretung untergebracht war und das nach Vertreibung seit einigen Jahren ungenutzt steht, durch Umbauten zum Domizil einer neuen sowjetischen Handelsmission in Westberlin zu machen. Wenn auch die zuständige britische Schutzmacht, an die der Antrag vom Senat übergeben wurde, die von den Sowjets beantragte Renovierung und den geplanten Umbau genehmigen dürfte, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß auch von ihr die Etablierung einer sowjetrussischen Handelsmission in Westberlin abgelehnt wird, weil auch nach Ansicht der Westalliierten die Handelsinteressen Moskaus, soweit sie Westberlin betreffen, allein von der sowjetischen Handelsmission in Köln wahrgenommen werden können.

Die Bemühungen Moskaus, Westberlin auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet von der Bundesrepublik zu trennen, sind mehr als einmal deutlich in Erscheinung getreten. Man begann damit bereits vor 1963 als Angestrebter der Konsularabteilung der Sowjetbotschaft in Ostberlin im Schönhauser Rathaus den Versuch, unternehmen, offizielle Beziehungen zum Westberliner Senat aufzunehmen. Bei Besuchen im Rathaus mußten Moskaus Diplomaten jedesmal eine höfliche, aber eindeutige Absage zur Kenntnis nehmen. Auf dem Sektor der Wirtschaft und des Handels unternahm der Sowjet-Abgesandte Abrassimow im letzten Frühjahr den Versuch, separate d.h. außerhalb des Handelsabkommens mit der Bundesrepublik, Beziehungen zur Westberliner Wirtschaft einzuleiten, als er Vertreter der Westberliner Wirtschaft am 24. 4. 1963 zu Gesprächen in die sowjetische Handelsmission nach Ostberlin bat. Dieser erste Vorstoß blieb erfolglos.

Organisatorisch haben die Sowjets die separate Behandlung Westberlins, also unabhängig von den Handelsvereinbarungen mit Bonn, bereits mit dem Frühjahr vorbereitet, als in der sowjetischen Handelsmission in Ostberlin eine besondere Abteilung für Westberlin geschaffen wurde. Auf dem kulturellen Sektor haben die Sowjets ähnliche Maßnahmen getroffen, als im krassen Widerspruch zu dem zwischen Bonn und Moskau abgeschlossenen Kulturabkommen im Rahmen der Ostberliner Botschaftstätigkeit eine besondere Abteilung mit der Betreuung der kulturellen Beziehungen zu Westberlin betraut wurde.

In den letzten Wochen hat sich gerade auf dem kulturellen Gebiet gezeigt, daß die Sowjets nichts unversucht lassen, um ihre These von der Unabhängigkeit Westberlins von der Bundesrepublik effektiv zu machen. So wurde Hochschullehrern das Angebot gemacht - und zwar von offizieller Vertreter der Sowjets - in der Sowjetunion Gastvorträge zu halten und an akademischen Veranstaltungen teilzunehmen. Im Austausch sollten sowjetische Dozenten nach Westberlin kommen.

Das Ziel all dieser sowjetischen Bemühungen um und in Westberlin ist eine Etablierung der sowjetischen Präsenz, wobei man hofft, von scheinbar privaten über halboffizielle zu offiziellen Beziehungen zu kommen. Im Hintergrund steht von Anfang an das Bemühen, Westberlin vom Bund zu trennen und ein "drittes deutsches Staatsgebilde" zu schaffen.

## Feldzug gegen den Analphabetismus

Von Bruno Kuster, Genf

Während Kosmonauten um den Erdball kreisen, wird die Zahl der erwachsenen Analphabeten in der Welt auf 700 Millionen geschätzt. Das sind mehr als zwei Fünftel aller Erwachsenen über 15 Jahre. Da die allgemeine Schulpflicht in vielen Ländern erst ein Ziel, aber noch nicht Wirklichkeit ist, dürfte die Zahl der Analphabeten in nächster Zukunft jährlich noch um 20 bis 25 Millionen zunehmen. In Afrika und Asien geht erst etwa die Hälfte der Kinder zu Schule, in Lateinamerika immerhin vier Fünftel. Das ist die Lage der Welt inmitten einer beispiellosen technischen Revolution. Dabei ist klar, daß der Analphabetismus eines der großen Hindernisse ist, die der Überwindung von Armut und Mord entgegenstehen.

### Ein kühnes Zehnjahresprogramm

Schon 1960 stellte eine Unesco-Konferenz fest, daß der Analphabetismus in wenigen Jahren überwunden werden könnte, wenn ein entsprechender, gut vorbereiteter Feldzug unternommen würde. Nun hat die Unesco neben dem Wirtschafts- und Sozialrat wie auch der Generalversammlung ein detailliertes Zehnjahresprogramm für die Überwindung des Analphabetismus vorgelegt.

Von den 700 Millionen Analphabeten leben schätzungsweise rund 345 Millionen in Asien, 105 Millionen in Afrika und 45 Millionen in Lateinamerika, zusammen also rund 500 Millionen. Davon müßten die Personen im Alter von 15 bis 50 Jahren erfaßt werden, was eine Schülerzahl von rund 330 Millionen ergibt.

- \* Die gesamten Kosten des Feldzuges, die selbstverständlich zum größten Teil von den interessierten Staaten aufzubringen sind, werden auf zwei Milliarden Dollar
- \* acht Milliarden DM, das heißt etwa ein Drittel des amerikanischen Raumforschungsprogrammes, veranschlagt.

Im Jahresdurchschnitt müßte man also mit Ausgaben in der Höhe von 300 Millionen rechnen. Etwa ein Sechstel davon - das sind jährlich 33 Millionen - müßten in Form ausländischer Hilfe beigetragen werden, oder 330 Millionen im ganzen Jahrzehnt.

### Eine wirkliche Revolution in Reichweite

Die Überwindung des Analphabetismus im Zeitraum eines Jahrzehntes scheint nicht nur möglich, sondern unbedingt notwendig zu sein, wenn die parallelen Anstrengungen auf dem Gebiet der Volksschule zu dauerhaften Ergebnissen führen sollen. Denn darüber ist man sich heute klar: solange man sich damit begnügt, nur einzelnen Gruppen der Bevölkerung einige Buchstaben beizubringen, wird der Analphabetismus über kurz oder lang wieder Oberhand gewinnen. Das Lesen und Schreiben muß zur täglichen Gewohnheit und zu einem Bestandteil der Lebensführung werden. Der von der Unesco ausgearbeitete Feldzugsplan will dem auch fast die Hälfte der Menschheit für immer aus ihrer Abgeschiedenheit herausführen und am geistigen Leben der Welt teilnehmen lassen. Diese ungeheure kulturelle Revolution liegt in Reichweite, wenn nur der Wille dazu vorhanden ist. Sie ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für die individuelle Freiheit und die Gleichberechtigung aller Menschen.

## Die amerikanische und sowjetische Aktivität auf dem Balkan

Washington und Moskau wollen "normalisieren"

Von Dr. B. P. Mathiopoulos

Nach der Unterzeichnung des Moskauer Abkommens über den Versuchstopf von Atomwaffen in der Atmosphäre bildet nunmehr die Balkanhalbinsel den Mittelpunkt der Bemühungen Washingtons und Moskaus. Auf beiden Seiten bemüht man sich ganz offensichtlich, die politischen Verhältnisse auf dem Balkan allmählich zu normalisieren und von den Auswirkungen des kalten Krieges zu befreien.

Der Besuch des amerikanischen Landwirtschaftsministers in den Hauptstädten des Ostblocks und seine entgegenkommenden Erklärungen, besonders in Bulgarien, zeigen, nach griechischer Auffassung, die Bedeutung, die man in Washington der Normalisierung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den kommunistischen Balkanländern beimißt. Die Athener Zeitung "Eleftheria" berichtete kürzlich, die bulgarische Regierung habe Washington durch die amerikanische Botschaft in Sofia folgenden Vorschlag unterbreiten lassen: wenn Bulgarien freier Zugang zum Hafen von Saloniki zu Handelszwecken gewährt werde - was bisher nur gegenüber Jugoslawien der Fall ist -, so sei man bereit, Reparationszahlungen des zweiten Weltkrieges zu leisten. Hierzu ist zu bemerken, daß Bulgarien seinen Verpflichtungen gegenüber Griechenland, die aus dem Friedensvertrag von 1947 resultieren, noch in keiner Weise genügt hat. Darüber hinaus erklärte der bulgarische Handelsminister Weltsis in einem Interview, ein langjähriger Handelsvertrag zwischen Griechenland und Bulgarien sei geeignet, eine Reihe wirtschaftlicher Probleme beider Länder einer Lösung zuzuführen.

Die Zeitung "Eleftheria" berichtete in diesem Zusammenhang, im Falle eines griechisch-bulgarischen Vertrages sei die Sowjetunion bereit, die Unantastbarkeit und Unabhängigkeit Griechenlands offiziell zu deklarieren.

Besonderes Interesse im Rahmen der sowjetischen Aktivität auf dem Balkan erweckt der bevorstehende Besuch Chruschtschows in Jugoslawien. Obwohl diese Reise offiziell als "Urlaubsreise" bezeichnet wird, glaubt man in Athen, daß die Gespräche, die Chruschtschow bei dieser Gelegenheit mit Marschall Tito führen wird, von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung auf dem Balkan sein werden.

Auch die amerikanischen Bemühungen um Jugoslawien gehen weiter. So gefährden die USA gelegentlich des Besuches des amerikanischen Landwirtschaftsministers eine 50-Millionen-Dollar-Hilfe für den Wiederaufbau von Skopje. In Athen beobachtet man mit Aufmerksamkeit, daß Freeman vor seinem Besuch der Balkanstaaten nicht etwa in den verbündeten Ländern - Griechenland und Türkei - Station machte, sondern sofort in die Hauptstädte des kommunistischen Balkans reiste. Man betont, es sei die Schuld der früheren Regierung Karamanlis, wenn sich Griechenland jetzt in die Rolle eines Zuschauers gedrängt sehe. Die Regierung habe nie von sich aus versucht, die Fragen des Verhältnisses zu den kommunistischen Nachbarländern einer Lösung zuzuführen.